

Mit ihrem Widerstand gegen Obamas Krankenversicherungsgesetz hat die Tea Party die US-Regierung in die Zahlungsunfähigkeit manövriert.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 148/13 – 04.10.13

Der Kongress macht die Regierung zahlungsunfähig und stürzt die USA in eine Krise

Von Andrew Taylor, The Associated Press
STARS AND STRIPES, 01.10.13

(<http://www.stripes.com/news/congress-plunges-nation-into-government-shutdown-1.244368>)

WASHINGTON – Der Kongress hat die USA durch die Herbeiführung einer partiellen Zahlungsunfähigkeit der Regierung gelähmt. Wegen eines seit Langem schwelenden Streits über das Krankenversicherungsgesetz des Präsidenten Barack Obama konnte ein vorläufiger Haushaltsentwurf nicht verabschiedet werden; deshalb mussten 800.000 Regierungsangestellte in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt und fast alle staatlichen Programme und Dienstleistungen eingestellt werden.



Dunkle Wolken über Washington
(Foto: Olivier Douliery, Abaca Press/MCT)

Wegen der Zahlungsunfähigkeit, der ersten seit dem Winter 1995/96, bleiben auch die Nationalparks, die Museen entlang der Washington Mall und das Besucherzentrum des Capitols geschlossen. Behörden wie die (Weltraumagentur) NASA und die Environment Protection Agency (das Umweltbundesamt) können nur noch einen Notdienst versehen. Nur besonders wichtige Regierungsangestellte – wie die Fluglotsen, die Grenzpolizisten und die meisten Nahrungsmittelinspektoren – können noch ihrer (bezahlten) Arbeit nachgehen.

Da das Krankenversicherungsgesetz trotzdem am Dienstag in Kraft getreten ist, müssen jetzt Millionen US-Bürger eine Krankenversicherung abschließen.

Weil Obama gerade eine Sondergenehmigung unterzeichnet hat, erhalten Soldaten weiterhin ihren Sold. Die Gehaltsschecks ziviler Regierungsangestellter werden aber zurückgehalten, bis der Engpass nicht mehr besteht. Die Zivilbeschäftigten der Regierung wurden angewiesen, noch einen halben Tag zu arbeiten, aber nur um Stilllegungsaufgaben wie E-Mail-Benachrichtigungen und die Schließung der Internetseiten von Behörden durchzuführen.

Der eigenfinanzierte Postdienst arbeitet uneingeschränkt weiter, und die Regierung setzt auch ihre Zahlungen aus der Renten- und Krankenversicherung und der Krankenhilfe fort.

Der Senat hat am Montag gleich zwei (von der republikanischen Mehrheit) im Repräsentantenhaus beschlossene Entwürfe für eine Haushaltsgesetz zurückgewiesen; im ersten war ein Verzicht auf das von Obama initiierte Krankenversicherungsgesetz, das am Dienstag in Kraft getreten ist, gefordert worden, im zweiten sollte dessen Inkrafttreten um ein Jahr aufgeschoben werden. In der Nacht von Montag auf Dienstag hat das Repräsentantenhaus den zweiten Entwurf erneut an den Senat überwiesen; Harry Reid, der Chef der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat, kündigte an, dass auch dieser das gleiche Schicksal wie die beiden vorherigen Vorlagen erleiden werde.

"Wir lassen uns nicht erpressen, wenn Abgeordnete die Verabschiedung eines Gesetzes verweigern, nur weil ihnen ein anderes (bereits verabschiedetes Gesetz) nicht passt," erklärte Obama am Montag; ähnlich äußerte er sich auch in privaten Telefongesprächen, die er mit John Boehner, dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, und anderen (republikanischen) Abgeordneten führte.

Boehner sagte, er wolle die Regierung nicht zahlungsunfähig machen, fügte aber hinzu, weil das Krankenversicherungsgesetz einen "verheeren Einfluss" habe, müsse "etwas dagegen getan" werden.

Es ist nicht klar, wie lange die Blockade (des Haushaltsgesetzes) dauern wird, Obama und (Senatssprecher) Reid scheinen aber am längeren Hebel zu sitzen.

"Wir können uns nicht durchsetzen," sagte der republikanische Senator John McCain aus Arizona und fuhr fort, "früher oder später" werde das Repräsentantenhaus der Forderung der Demokraten nach der Verabschiedung eines vereinfachten Haushaltsgesetzes, das die Zahlungsfähigkeit der Regierung wieder herstelle, zustimmen müssen.

Sylvia Burwell, die Haushaltsdirektorin des Weißen Hauses, hat am Montag bereits kurz vor Mitternacht, alle Bundesbehörden angewiesen, mit Notfallplänen auf die Zahlungsunfähigkeit zu reagieren.

Zur gleichen Zeit richtet Obama eine Videobotschaft an die US-Soldaten, in der er ihnen mitteilte, dass er gerade eine Anweisung unterzeichnet habe, die ihre Bezahlung sicherstelle; den Zivilbeschäftigten des US-Verteidigungsministerium sagte er: "Sie und Ihre Familien verdienen eine bessere Behandlung, als diejenige, die Ihnen der zerstrittene Kongress gerade zumutet."

Wenn sich nur der Senat auf ein vereinfachtes Haushaltsgesetz einigt, bliebe die Regierung bis 15. November zahlungsfähig, wenn auch das Repräsentantenhaus zustimmt, verlängert sich die Frist bis zum 15. Dezember.

Bisher konnten sich beide Parteien noch immer auf solche Notgesetze einigen – mit zwei Ausnahmen vor 17 Jahren, die damals von Newt Gingrich, dem republikanischen Spre-

cher des Repräsentantenhauses, durchgesetzte Zahlungsunfähigkeit der US-Regierung brachte den Republikaner aber hohe Verluste bei den nächsten Wahlen ein und stärkte den damaligen Präsidenten Bill Clinton.

Boehner hat versucht, die Zahlungsunfähigkeit der Regierung durch die Verabschiedung eines vorläufigen, von allen strittigen Positionen befreiten Haushaltsgesetzes zu vermeiden.

Ted Cruz, der neugewählte republikanische Senator und Tea-Party-Aktivist aus Texas, hat mit seiner Kampagne gegen das Krankenversicherungsgesetz Obamas eine Einigung verhindert. Führende Republikaner und einfache republikanische Abgeordnete glaubten, dass diese Kampagne ihr Ziel nicht erreichen würde und nannten sie sogar "dumm". (Infos über die Tea Party sind nachzulesen unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Tea-Party-Bewegung> .)

Der Erfolg, den Cruz und andere von der Tea Party gestützte Konservative erzielten, die gemäßigte Kandidaten der republikanischer Partei bei den Wahlen 2010 und den Vorwahlen 2012 verdrängt hatten, war für viele (wiedergewählte gemäßigte) Senatoren der Republikaner ein Warnschuss vor den im nächsten Jahr anstehenden Senatswahlen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Senat_der_Vereinigten_Staaten).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Die Überwindung der Zahlungsfähigkeit der US-Regierung könnte noch schwieriger werden, wenn die in der zweiten Oktoberhälfte anstehende erneute Anhebung der Schuldenobergrenze nicht gelingt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES.

Congress plunges nation into government shutdown

By ANDREW TAYLOR, The Associated Press

Published: October 1, 2013

WASHINGTON -- Congress plunged the nation into a partial government shutdown Tuesday as a long-running dispute over President Barack Obama's health care law stalled a temporary funding bill, forcing about 800,000 federal workers off the job and suspending most non-essential federal programs and services.

The shutdown, the first since the winter of 1995-96, closed national parks, museums along the Washington Mall and the U.S. Capitol visitors center. Agencies like NASA and the Environmental Protection Agency will be all but shuttered. People classified as essential government employees - such as air traffic controllers, Border Patrol agents and most food inspectors - will continue to work.

The health care law itself was unaffected as enrollment opened Tuesday for millions of people shopping for medical insurance.

The military will be paid under legislation freshly signed by Obama, but paychecks for other federal workers will be withheld until the impasse is broken. Federal workers were told to report to their jobs for a half-day but to perform only shutdown tasks like changing email greetings and closing down agencies' Internet sites.

The self-funded Postal Service will continue to operate and the government will continue to pay Social Security benefits and Medicare and Medicaid fees to doctors on time.

The Senate twice on Monday rejected House-passed bills that, first, conditioned keeping the government open to delaying key portions of the 2010 "Obamacare" law that take effect Tuesday, and then delayed for a year the law's requirement that millions of people buy medical insurance. The House passed the last version again early Tuesday; Senate Majority Leader Harry Reid said the same fate awaits it when the Senate reconvenes Tuesday morning.

"You don't get to extract a ransom for doing your job, for doing what you're supposed to be doing anyway, or just because there's a law there that you don't like," Obama said Monday, delivering a similar message in private phone calls later to Republican House Speaker John Boehner and other lawmakers.

Boehner said he didn't want a government shutdown, but added the health care law "is having a devastating impact. ... Something has to be done."

It wasn't clear how long the standoff would last, but it appeared that Obama and Reid had the upper hand.

"We can't win," said Sen. John McCain, R-Ariz., adding that "sooner or later" the House would have to agree to Democrats' demands for a simple, straightforward funding bill reopening the government.

The order directing federal agencies to "execute plans for an orderly shutdown due to the absence of appropriations" was issued by White House Budget Director Sylvia Burwell shortly before midnight Monday.

Around the same time, Obama appeared in a video message assuring members of the military they'll be paid under a law he just signed and telling civilian Defense Department employees that "you and your families deserve better than the dysfunction we're seeing in Congress."

The underlying spending bill would fund the government through Nov. 15 if the Senate gets its way or until Dec. 15 if the House does.

Until now, such bills have been routinely passed with bipartisan support, ever since a pair of shutdowns 17 years ago engineered by then-Speaker Newt Gingrich severely damaged Republican election prospects and revived then-President Bill Clinton's political standing.

Boehner had sought to avoid the shutdown and engineer passage of a "clean" temporary spending bill for averting a government shutdown.

This time tea party activists mobilized by freshman Sen. Ted Cruz, R-Texas, mounted a campaign to seize the must-do measure in an effort to derail Obamacare. GOP leaders voiced reservations and many Republican lawmakers predicted it wouldn't work. Some even labeled it "stupid."

But the success of Cruz and other tea party-endorsed conservatives who upset establishment GOP candidates in 2010 and 2012 primaries was a lesson learned for many Republican lawmakers going into next year's election